

Auf dem Weg zum europäischen Gesundheitsdatenraum

18. Europatag der Bundeszahnärztekammer in Berlin

Am 10. Mai fand im Festsaal der Berliner Humboldt-Universität der 18. Europatag der Bundeszahnärztekammer statt. Aus aktuellem Anlass wurde in zwei Panels über die Auswirkungen des Europäischen Gesundheitsdatenraumes (European Health Data Space/EHDS) diskutiert, über den derzeit im Europäischen Parlament beraten wird.

Ziel des EHDS, der nach den Vorstellungen der EU-Kommission bis 2025 einsatzbereit sein soll, ist es, die nationalen Gesundheitssysteme der EU-Mitgliedsstaaten auf Grundlage interoperabler Austauschformate miteinander digital zu verbinden, um einen sicheren und effizienten Transfer von Gesundheitsdaten wie Patientenkurzakten, Rezepten, Laborergebnissen, Röntgenbildern und Impfnachweisen zu ermöglichen. Der EHDS soll Aspekte der primären und sekundären Nutzung von Gesundheitsdaten in der EU regeln. Neben einer verbesserten Versorgung von Patientinnen und Patienten erhofft man sich vom EHDS vor allem einen Innovationsschub in den Bereichen Gesundheitsforschung, Gesundheitswesen und Biowissenschaften.

Parallel zur Diskussion auf EU-Ebene wird in vielen EU-Mitgliedsstaaten eine Digitalisierung der Gesundheitssysteme forciert. So hat die Bundesregierung im März eine

Digitalstrategie für das Gesundheitswesen präsentiert und angekündigt, in den kommenden Monaten ein Gesundheitsdatennutzungsgesetz sowie ein Digitalgesetz auf den Weg bringen zu wollen. Der Europatag der BZÄK griff diese Entwicklungen auf und ging in zwei Diskussionsrunden den Fragen nach, welche Auswirkungen der EHDS auf die Angehörigen der Heilberufe sowie die Patientinnen und Patienten hat und wie gut vorbereitet das deutsche Gesundheitssystem auf den digitalen EU-Gesundheitsraum ist.

BZÄK fordert Korrekturen am Kommissionsvorschlag

In seiner Begrüßung unterstrich der Präsident der Bundeszahnärztekammer, Prof. Dr. Christoph Benz, dass der EHDS ein wichtiger Schritt in Richtung Digitalisierung der Gesundheitssysteme sei und dass die Debatte auf deutscher Ebene parallel

an Fahrt aufgenommen habe. Benz forderte jedoch auch, dass der EHDS die Prinzipien der informationellen Selbstbestimmung, des Datenschutzes und der Datensicherheit wahren müsse. Gleiches gelte für das Arztgeheimnis.

Angesichts anhaltend negativer Erfahrungen mit der Digitalisierung des deutschen Gesundheitssystems mahnte der Präsident der BZÄK an, dass durch den EHDS keine Mehrarbeit in den ohnehin überlasteten Praxen entstehen dürfe – denn Personal sei extrem knapp. Mehrkosten müssten zudem vollumfänglich erstattet werden. Andernfalls würden die Praxen weiter an Wettbewerbsfähigkeit um Fachpersonal verlieren.

Mit Blick auf die angestrebte sekundäre Nutzung der Gesundheitsdaten sprach sich Benz wegen der hohen Sensibilität von Gesundheitsdaten dafür aus, diese nur unter klaren Bedingungen und zum Zwecke einer gemeinwohlorientierten Forschung zuzulassen. Der BZÄK-Präsident sieht hier noch Korrekturbedarf am Kommissionsvorschlag.

Chancen des EHDS nutzen – Neue Impulse für die Forschung

Unmittelbar danach folgte ein Impulsvortrag von Prof. Dr. Sylvia Thun, Direktorin für Digitale Medizin und Interoperabilität an der Berliner Charité. Sie zeigte an konkreten Beispielen aus ihrer wissenschaftlichen Arbeit auf, welche Chance der EHDS für die Forschungslandschaft in Deutschland bietet, und warb eindringlich für eine rasche Umsetzung der Kommissionspläne.



Im Festsaal der Berliner Humboldt-Universität fand der 18. Europatag der BZÄK statt.

In der anschließenden ersten Diskussionsrunde unter der Moderation von Jessica Hanneken von BFS finance diskutierten Prof. Dr. Thun, Nick Schneider, Leiter des für den EHDS zuständigen Referates des Bundesgesundheitsministeriums, Dr. Marc-Pierre Möll, Mitglied des Vorstands im Bundesverband Medizintechnologie, sowie Robert-Martin Montag, MdL, Vorsitzender der AG Gesundheit der Fraktionsvorsitzendenkonferenz der FDP, über den EHDS-Vorschlag.

Prof. Dr. Sylvia Thun wiederholte dabei ihre Forderung nach einer konsequenten Nutzung der Gesundheitsdaten, um die Forschungs- und Innovationsfähigkeit Deutschlands und der EU im internationalen Wettbewerb zu erhalten. Bereits bestehende Regelungen, wie die EU-Datenschutzgrundverordnung, stellen nach Ansicht von Thun bereits heute einen adäquaten Datenschutz sicher. Um die Rechte der Patientinnen und Patienten zu sichern, plädierte die Professorin der Charité für eine Opt-out-Lösung, bei der Patientinnen und Patienten sich aktiv gegen eine Nutzung ihrer Gesundheitsdaten aussprechen müssten.

Nick Schneider, der das Bundesgesundheitsministerium vertrat, brachte ebenfalls seine Zustimmung für den EHDS zum Ausdruck, forderte jedoch Klarstellungen bei den Datensätzen, die erhoben werden müssen. Bereits heute gebe es eine Vielzahl von Daten, die nicht miteinander verknüpft seien. Als eher unrealistisch erachtete er das Ziel eines bis 2025 einsatzbereiten EHDS. In vielen EU-Mitgliedstaaten gebe es erheblichen Nachholbedarf bei der Digitalisierung der Gesundheitssysteme.

Ähnlich wie Prof. Dr. Thun sprach sich auch Dr. Marc-Pierre Möll vom Bundesverband Medizintechnologie für eine rasche Einführung des EHDS aus. Andernfalls befürchtet Möll, dass Deutschland als führender Standort für die Entwicklung von Medizinprodukten abgehängt werden wird. Der FDP-Politiker Robert-Martin Montag betonte, dass Digitalisierung Leben rettet, und forderte eine Intensivierung der Digitalisierung – national wie europäisch.

Patientinnen und Patienten müssen überzeugt werden

An der zweiten Diskussionsrunde nahmen Dr. Georg Kippels, MdB, Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages, Laura Nelde, Senior Consultant bei Flying Health GmbH, sowie die Vizepräsidentin der BZÄK, Dr. Romy Ermler, teil. Im Mittelpunkt standen dabei die Erwartungen der Angehörigen der Heilberufe sowie der Patientinnen und Patienten.

Dr. Romy Ermler wies darauf hin, dass in Deutschland beispielsweise nur zwei Prozent der gesetzlich Versicherten aktuell eine elektronische Patientenakte (ePA) nutzen, obwohl diese bereits vor Jahren eingeführt wurde. Dies zeige, dass noch ein langer Weg vor allen Beteiligten liege. Ermler warnte davor, die Kosten für die Einführung neuer digitaler Anwendungen auf die Angehörigen der Heilberufe abzuwälzen.

Laura Nelde unterstrich, dass die Bereitschaft der Patientinnen und Patienten gewachsen sei, Daten für die Forschung



Der Präsident der BZÄK, Prof. Dr. Christoph Benz, bei seiner Begrüßung.

freizugeben. Dies zeige sich vor allem bei sogenannten seltenen Krankheiten oder in der Onkologie.

Dr. Georg Kippels plädierte für einen Mentalitätswechsel in Deutschland. Datenschutz dürfe nicht dazu führen, dass sinnvolle Entwicklungen wie der EHDS ausgebremst werden.

Der Vizepräsident der BZÄK, Konstantin von Laffert, resümierte zum Schluss der Veranstaltung, dass die Digitalisierung des Gesundheitssystems nur dann gelingen könne, wenn alle Beteiligten, das heißt vor allem die Heilberufe und die Patientinnen und Patienten, von den Vorzügen überzeugt seien.

Dr. Alfred Büttner
Leiter des Brüsseler Büros der BZÄK



Das zweite Diskussionspanel (v.l.): Dr. Georg Kippels, MdB, Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Gesundheitsausschuss des Deutschen Bundestages, Moderatorin Jessica Hanneken, Dr. Romy Ermler, Vizepräsidentin der BZÄK, und Laura Nelde, Senior Consultant, Flying Health GmbH.